

Generalversammlung am 06. Februar 2024

Rede des Verwaltenden Vorstehers Henry Lamotte

Liebe seemännische und kaufmännische Mitglieder von HAUS SEEFAHRT,
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte meiner heutigen Rede eine Erinnerung voranstellen, die den meisten von uns, besonders den seemännischen Mitgliedern, aber wohl ebenso auch uns Bremer Kaufleuten, wieder sehr schnell präsent sein wird. Vor 45 Jahren, in der Vorweihnachtszeit, am 12. Dezember 1978, geriet die „München“ in Seenot, in einem Jahrhundert-Orkan, nördlich der Azoren, getroffen wohl von einer oder mehrerer Monsterwellen. Heute weiß man, dass es sie wirklich gibt. Die „München,“ das moderne, 260 m lange, 43.000 Tons tragende LASH-Schiff der Hapag-Lloyd AG, Heimathafen Bremen. Wenige Tage zuvor war sie zu ihrer 62. Atlantiküberquerung von Bremerhaven nach Savannah aufgebrochen. Als damals noch ganz frischer Schifffahrtskaufmann war das Fahrtgebiet US-Golf/Südatlantik meine erste Anstellung und so war ich noch am Tag der Abreise in Bremerhaven an Bord gewesen, um Schiffspapiere zu übergeben. Die „München“ ging verloren, 28 Menschen gingen mit ihr unter, keiner überlebte, nur vier Rettungsinseln, drei der 83 Leichter und später ein Rettungsboot wurden gefunden. Eine der größten Suchaktionen der Schifffahrtsgeschichte blieb ohne Erfolg, kurz vor Weihnachten wird die Suche aufgegeben. Später stellte sich heraus, dass die letzte vom Funker gemeldete Position falsch war und die Retter erst spät, zu spät im richtigen Unfallgebiet suchten. Im Bremer Dom fand die Trauerfeier statt, Helmut Thielicke predigte vor 2000 Menschen, der Gottesdienst wurde im Fernsehen live übertragen, die Nation trauerte.

Liebe Mitglieder von Haus Seefahrt, warum erinnere ich an diesen traurigen Untergang?

Weil es uns direkt betrifft. Am Freitag feiern wir die 480. Schaffermahlzeit, das traditionelle Abschiedsfest von Kaufleuten und Kapitänen zu Beginn des neuen Schifffahrtsjahres. Kaufleute und Kapitäne, die wissen, dass sie zusammenhalten müssen, die aufeinander angewiesen sind, auf Augenhöhe. Kapitäne und Kaufleute, die gemeinsam Risiken eingehen, wagen müssen, um gewinnen zu können, und die

wissen, dass es in der Natur des Risikos liegt, dass es eintreten kann, trotz modernster Technik. So wie es bei der „München“ so schrecklich passierte. Und bedenken wir, dass es natürlich nicht nur die Risiken von Sturm und Seeschlag sind, sondern auch z.B. Feuer, das Transportrisiko von E-Autos sei erwähnt, und Piraterie. 2023 wurden 120 Vorfälle von Seepiraterie und bewaffneten Raubüberfällen auf Schiffe gemeldet, Schiffe mit deutscher Beteiligung waren 14-mal und damit am zweithäufigsten betroffen. Hinzu kommen kriegerische, terroristische Angriffe, so wie ganz aktuell durch die Huthi im Roten Meer. Erlauben Sie mir bewusst den Bogen etwas weiter zu spannen, denn eigentlich geht es bei Haus Seefahrt ja um die Handelsmarine, aber wie eng unsere Risiken mit denen der Marine, also den Seestreitkräften verbunden sind, zeigen die vielen kriegerischen Auseinandersetzungen unserer Zeit, akute oder drohende, im Südchinesischen Meer, am Horn von Afrika, im Roten Meer, im östlichen Mittelmeer, im schwarzen Meer, in der Ostsee. Viele von Ihnen hier unter uns sind direkt betroffen oder haben einen konkreten Bezug zu diesen Gefahren, da ist nichts abstrakt. Das eigene Leben zu riskieren ist für Soldaten Teil der Berufsbeschreibung. Vor wenigen Jahren hätte es wohl noch martialisch und pathetisch geklungen, aber hier trifft eben doch unser Wahlspruch „Navigare necesse est, vivere non est necesse“ - bis zum Abbruch des ersten Seefahrtshofs in der Hutfilterstraße stand er über dem zweiten Portal, heute noch im Focke-Museum zu sehen. Unsere Altvorderen wussten, warum sie den wählten! Damals waren es die Orlogschiffe, heute ist es die Fregatte „Hessen“, die Geleitschutz im Roten Meer gibt – nur waren wir damals wohl entschiedener, heute brauchen wir und die EU viele Wochen, um zu entscheiden, diesen internationalen Schiffahrtsweg zu schützen, und dabei auch ein Lebenszeichen unserer Interessen und Werte zu zeigen. Ohne die prompte und entschiedene Gegenwehr der Amerikaner und Briten wäre dieser, für die Welt, und ja noch viel mehr für die EU, lebenswichtige Seeweg, unpassierbar. „Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, (...) zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall, auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren“. Dieser letzte Satz kommt nicht von mir sondern, sie ahnen es vielleicht, er stammt aus dem Interview mit Horst Köhler, unseres damaligen Bundespräsidenten, im Mai 2010. Der Satz, der ihm damals massiv den Vorwurf der Kriegstreiberei einbrachte und zu seinem Rücktritt führte. Nun, dazu würde es wohl heute nicht mehr kommen, die Zeiten

haben sich geändert, Köhler sah uns schon „auf dem Weg zu verstehen“, aber das war und ist noch ein langer Weg.

Meine Damen und Herren, wir sind in Deutschland auf einem Weg, aber bei weitem noch nicht über den Berg. Es wurde viel in den letzten zwölf Monaten erreicht. Die Corona-Epidemie ist überwunden, die Energieversorgung scheint stabil, die Gasspeicher sind auch jetzt im Winter gut gefüllt, der Ausbau sowohl von Windkraft- als auch Solaranlagen erreichte 2023 einen neuen Rekord, die deutschen Autobauer haben weltweit wieder mehr Fahrzeuge abgesetzt, für BMW war es sogar ein Absatzrekord, der DAX liegt auf Rekordniveau, die Inflation geht deutlich zurück, für 2024 wird ein Jahresdurchschnitt von nur noch 2,5% prognostiziert, der Euro ist zum USD stabil, die deutschen Treibhausgasemissionen sind in 2023 stark gefallen - auf das Niveau der 50er Jahre - , in unserem Land leben 84,7 Mio. Menschen, so viele wie noch nie, und noch nie waren in Deutschland so viele Menschen erwerbstätig, auch sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das Bruttoinlandsprodukt lag auf einem Rekordwert, zumindest nominal, der deutsche Handelsbilanzüberschuss ist immer noch beträchtlich und es gibt jetzt für dieses Jahr auch einen Bundeshaushalt.

Aber trotzdem überzieht ein unwohles Gefühl das Land und die schlechte Stimmung wird inzwischen auch in Berlin wahrgenommen. Der Kanzler kritisiert sein Regierungsbündnis und auch sich selbst, und er zeigt Verständnis für die Frustration im Land. Die desaströsen Umfrageergebnisse lassen auch gar keinen anderen Schluss zu. Die Stimmung nimmt er als „unruhig“ wahr, wie er kürzlich in einem Interview erklärte. Die Menschen seien unsicher, ob - ich zitiere - „das alles gut ausgeht für sie – ob wir das hinkriegen mit dieser wohl größten industriellen Modernisierung seit mehr als 100 Jahren. Das ist eine Reise, deren Ende noch nicht abzusehen ist.“ Das wolle er „offen und ehrlich aussprechen“, so der Kanzler. Ist es da noch ein Wunder, wenn auch der Bundespräsident von einer Vertrauenskrise spricht und die Sprachlosigkeit der Regierung kritisiert? „Das ist eine Reise, deren Ende noch nicht abzusehen ist“ und ob „das alles gut ausgeht“.

Würde ein Kapitän so bei Reiseantritt, selbst wenn es eine Expeditionsreise wäre, vor seine Mannschaft treten? Oder ein Unternehmenslenker seine Mitarbeiter und

Mitarbeiterinnen motivieren, um sie auf das Erreichen wichtiger, anspruchsvoller Ziele einzuschwören?

Laut dem IMF zeigte Deutschland letztes Jahr die schlechteste Entwicklung aller großen Volkswirtschaften weltweit. Das Minus, das bereits im vierten Quartal des vorletzten Jahres zu verzeichnen war, steht nun auch vor dem BIP des gesamten letzten Jahres. Wir stecken in einer Rezession, nicht temporär, sondern strukturell. Während es um uns herum, in der Eurozone, in den USA, in Asien und sogar im post-Brexit Großbritannien Wachstum gibt und das Vor-Corona-Niveau überwunden ist, gilt unser Land als der „kranke Mann in Europa“. Und auch für dieses Jahr wird keine Trendwende erwartet, bestenfalls wohl eine Stagnation, ich zitiere den Kommentar zum aktuellen ifo Geschäftsklimaindex:

„Die Stimmung unter den Unternehmen hat sich zu Jahresbeginn weiter verschlechtert. Auch die Erwartungen für die kommenden Monate fielen erneut pessimistischer aus. Die deutsche Wirtschaft steckt in der Rezession fest.“

Meine Damen und Herren, es wäre billig Trübsal zu blasen und einfach nur die Schuld bei der aktuellen Regierung zu sehen. Natürlich gibt es gute Gründe, warum sich die deutsche Volkswirtschaft schwertut, auch schwerer als andere. Mit unserem ausgeprägten industriellen Sektor und als drittgrößte Exportnation der Welt wurden wir durch die Disruptionen der jüngeren Vergangenheit besonders durchgeschüttelt – Energiekrise, unterbrochene Lieferketten, hohe Preise und geopolitische Spannungen trafen uns besonders.

Bei schwacher weltweiter Nachfrage, insbesondere nach Investitionsgütern, tat sich „made in Germany“ schwer. Dass bei hoher Inflation auch die Binnenkonjunktur litt, ist logisch. Die „new German speed“, wie Olaf Scholz sie Anfang letztes Jahr in Davos ankündigte, war „wishful thinking“, sein Finanzminister spricht dieses Jahr in Davos von einem „wake up call“ und von Deutschland als „tired man in need of a strong cup of coffee“, womit er Strukturreformen meinte. Reformen, die lange überfällig sind und deren Dringlichkeit durch die Krise nun umso deutlicher wird. Eine Krise, die nicht mehr importiert ist – die Gaspreise fallen seit eineinhalb Jahren rapide, und liegen quasi auf dem Niveau vor dem Überfall auf die Ukraine. Wir sind aus hausgemachten Gründen

am Kipppunkt unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Wir verlieren unseren komparativen Vorteil gegenüber unseren Wettbewerbern, nicht nur gegenüber China und den USA, sondern auch gegenüber EU-Wettbewerbern, weil wir selbst die Vernunft für Maß und Mitte verlieren.

Liebe Mitglieder von Haus Seefahrt, wir erleben nicht nur eine Zeitenwende, sondern durchlaufen in Deutschland einen Paradigmenwechsel. Die alten Muster und Modelle passen nicht mehr, die Vorbilder überzeugen nicht mehr in einer Welt, die sich so schnell verändert hat. Veränderungen, die sich allerdings abzeichneten und schon lange ihren Lauf nahmen – Russland hat bereits 2014 die Krim okkupiert, Xi Jinping wurde schon 2013 Staatspräsident in China und seitdem vollzieht sich dort der Wandel zurück, Donald Trump als Isolationist war bereits schon einmal von 2017 bis 2021 Präsident der USA, das Pariser Klimaabkommen wurde schon 2015 beschlossen.

Die PISA-Ergebnisse in Deutschland verschlechtern sich auch schon seit 2015 dramatisch und die Herausforderung, wie mit der Migration in unser Land umzugehen ist, besteht auch nicht erst seit 2015, aber seitdem brennt es, und die demographische Entwicklung ist nun wirklich keine Überraschung. Das, und vieles mehr, sind alles Ereignisse und Veränderungen, die jeweils als „Zeitenwende“ hätten verstanden werden müssen und die sich nun überlagern.

Es liegt wohl in der Natur der demokratischen Willensbildung, das unbequeme Entscheidungen spät getroffen werden, eben erst wenn es zumindest kriselt – „no change without crisis“. Aber jetzt ist der politische Druck nicht mehr zu leugnen – innerhalb der Bundesregierung und unter den Koalitionspartnern und zunehmend deutlich an den Rändern des Parteienspektrums. Der Druck findet seine politischen Stimmen, von manchen, auch solchen an eigentlich unparteiischer Stelle, als unerwünscht und „populistisch“ abgewertet. Und ja, leider gibt es sie wieder, die Stimmen ganz am Rand, die die Klammer des Rechts sprengen wollen, Feinde unserer Verfassung, gegen die wir uns wehren müssen. Demokratische Willensbildung muss sich in Krisenzeiten beweisen, eben gerade dann, wenn grundsätzliche Veränderungen gefordert sind, wenn die „Zeitenwenden“ zum Paradigmenwechsel führen.

Die Bühne der Politik bekommt den Druck der Menschen zu spüren: Streiks - auch solche, deren Verhältnismäßigkeit in Frage gestellt werden muss -, Massendemonstrationen, ziviler Ungehorsam und insgesamt große Unruhe und Verunsicherung. Und natürlich spiegelt sich dies in der Deutschen Wirtschaft.

Der Bundeskanzler erhielt letzte Woche einen offenen Brief der Präsidenten des BDA, BDI, DIHK und ZDH, in dem sie, gemeinsam, ihre große Sorge über die Entwicklung in unserem Land zum Ausdruck bringen. Sie schreiben, ich zitiere: „Der Standort Deutschland verliert an Attraktivität. Ausbleibende Investitionen und negative Konjunkturerwartungen unterstreichen das. Der Frust und die Verunsicherung bei vielen Betrieben wachsen“ und weiter „wenn aber die Investitionen hierzulande unterbleiben und der Mittelstand schrumpft, kann die Transformation in Richtung Klimaneutralität nicht gelingen“ und dann der zentrale Satz „Die Politik sollte mehr auf das Engagement und die Kreativität im Land setzen – und dies auch ermöglichen. Die Botschaft muss sein: Wir brauchen euch, wir wollen euch machen lassen, wir setzen auf eure Eigenverantwortung – in den Unternehmen, in der Gesellschaft“. Die Kurzform dazu brachte kürzlich auf der Eiswette der Vorstandsvorsitzende der BASF Martin Brudermüller: Statt das Versprechen „you never walk alone“ zu proklamieren, sollte der Bundeskanzler die Aufforderung verbreiten „learn how to walk on your own“!

Wir stehen an einem wichtigen Punkt. Mit „weiter so“ verlieren wir. Die Ansprüche an staatliche Regulierung und Steuerung können und dürfen nicht länger finanziert werden. Nach der Weltfinanzkrise 2008 war das eine Reaktion auf die Auswüchse der neoliberalen Privatisierung und Deregulierung. Jetzt aber sind die öffentlichen Gesamtausgaben (das sind die Haushalte des Bundes, der Länder und Gemeinden, Extrahaushalte...und die Sozialversicherungen) auf € 1,9 Billionen gestiegen, 2019 lagen sie noch unter € 1,5 Billionen.

Wir brauchen deshalb auch keine Lockerung der Schuldenbremse, um staatliche Ausgaben noch weiter zu erhöhen, wir brauchen Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit, und einen Staat, der sich auf seine hoheitlichen Kernaufgaben konzentriert und diese auch wirklich erfüllt. Der sich nicht mit weiteren bürokratischen Eingriffen beschäftigt, die uns unfrei machen – kein staatlich verbrieftes Recht auf Homeoffice und auch keine Fleischabgabe, um nur mal zwei von den vielen aktuellen

Vorhaben der Bunderegierung willkürlich herauszugreifen – und auch ohne einen Blick auf die Politik vor unserer eigenen Haustür in Bremen oder nach Brüssel zu werfen. Auch die Politik des ständigen Nachteilsausgleichs durch den Staat muss ihr Ende finden. Sie ist weder sozial gerecht noch hält sie die Gesellschaft zusammen. Sie verhindert aber die Einsicht zur Veränderung, für Schritte, die über den Tag hinaus gehen, und für den Zusammenhalt in der Sache, den wir brauchen, um Veränderungen zu bewältigen.

Meine Damen und Herren, die Krise offenbart, dass uns die Wirklichkeit einholt. Wo ist das besser zu beobachten als bei den beiden grünen Spitzenministern Baerbock und Habeck? Wirklich harte Jobs! Aber es ist ja in den anderen Themenbereichen nicht anders, überall ist die Deutungshoheit, das bisher geltende Paradigma massiv in Frage gestellt. Sei es bei den Themen Verteidigung und Rüstung, Ökologie, Klimaschutz und Energiewende, Gleichberechtigung, Gender und Sexualität, Landwirtschaft und Ernährung, Forschung und Technologie und andere mehr und eben auch, wie wir in unserem Land wirtschaften wollen. Aus meiner Sicht geschieht dies zu Recht, neigte doch das bisherige, sich seit vielen Jahren verbreitende Paradigma immer mehr zur Verabsolutierung, Ideologisierung und Radikalisierung.

Uns allen ist zu wünschen, dass wir für die Bewältigung der großen Herausforderungen wieder einen Kurs des vernünftigen Maßes finden, der sich an der Realität und am Machbaren orientiert und die Gestaltungskräfte der Menschen freisetzt. Möge es uns gelingen, im demokratischen Wettstreit dafür die bürgerliche Mitte zu mobilisieren.

Liebe Kapitäne und Kaufleute, am Freitag feiern wir die 480. Schaffermahlzeit. Haus Seefahrt kennt Veränderungen, seit 1545, grundlegende und schmerzhaft, nicht nur Rezessionen und ein bisschen Inflation, sondern Hyperinflation und Zusammenbrüche, Krieg und Vernichtung, leider immer wieder. Wir wissen, was auf dem Spiel steht, wenn nicht die Vernunft regiert, und wir wissen, und damit komme ich zum Anfang meiner Rede zurück, dass wir deshalb zusammenhalten müssen, weil wir unsere Gemeinschaft brauchen.

Auf freien Handel, Schifffahrt und Industrie und auf die Freigebigkeit von Kaufleuten und Schiffen, ein dreifaches

Hepp - Hepp - Hepp - Hurra!